

Der Kriegsausbruch 1914 und die Rolle Deutschlands

Die Auseinandersetzung um die Frage der deutschen Schuld am Ersten Weltkrieg bewegt sich zwischen zwei Polen:

- Die deutsche Regierung stellte 1914 den Krieg so dar, als sei er Deutschland aufgezwungen worden und Deutschland das Opfer einer Einkreisung. Diese Einschätzung übernahmen konservative Kreise in der Weimarer Republik, sie bildete in verschiedenen Varianten die „offizielle“ Meinung in der Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg.
- Die Siegermächte wiesen Deutschland im Versailler Friedensvertrag die Alleinschuld am Ausbruch des Krieges zu. Diese These griff in den 1960er Jahren auch der Historiker Fritz Fischer auf und wies nach, dass die Reichsregierung die Krise um das Attentat auf den österreichischen Thronfolger in Sarajevo tatkräftig benutzt hat, um über eine kriegerische Verwicklung ihre Weltmachtpläne zu verwirklichen.
- Eine vermittelnde, nach allen Seiten auf Ausgleich bedachte Position vertrat 1919 der britische Premierminister Lloyd George, der sagte, alle Beteiligten seien „hineingeschlittert“. Diese Position machte sich auch die deutsch-französische Schulbuch-Kommission 1951 zu eigen und stellte fest, dass bei keiner der beteiligten Parteien ein unbedingter Wille zum Krieg feststellbar sei.
- Eine vierte Ansicht, die Aggression und Defensive zu vereinbaren weiß, sieht den deutschen Angriff 1914 als eigentlich defensiv zu interpretierenden „Präventivkrieg“, weil sich um 1917 das Kräfteverhältnis zu stark zu Deutschlands Ungunsten verschoben hätte. Ein Angriff 1914 sei also eigentlich nur eine vorweggenommene Verteidigung gegen einen Angriff auf Deutschland 1917.

Für eine sachgerechte Beurteilung dieser Positionen ist ein ganzes Bündel von Faktoren darzustellen:

- tatsächliche Bestrebungen innerhalb der deutschen Regierung, auf einen Krieg hinzuarbeiten,
- politische Kurzsichtigkeit und Fehleinschätzung (z.B. Schlieffenplan, belg. Neutralität),
- Misstrauen und Eifersucht unter den europäischen Mächten,
- Bündniskonstellation,
- Bündnisautomatismen,
- allgemeine Hochrüstung,
- expansionistische Ziele, auf deutscher Seite z.B. des Alldeutschen Verbands,

- Definition und Anerkennung des Krieges als „ultima ratio“ („Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“)
- Möglichkeit, mit einem Krieg von inneren (auch sozialen) Schwierigkeiten abzulenken (höhere Stufe des „Sozialimperialismus“),
- Untergangsstimmung in gewissen Kreisen der Bevölkerung (Krieg als „reinigendes Stahlgewitter“), aber auch
- Kriegsbegeisterung und sogar Kriegssehnsucht in weiten Kreisen („**das Volk hat einen Krieg nötig**“ - Riezler 1914)
- Persönlichkeit, besonders das übersteigerte Geltungsbedürfnis Wilhelms II.

Die nun folgende Erörterung könnte am besten bei den Fakten der Julikrise beginnen, von denen am klarsten die deutsche Zusicherung der Rückendeckung gegenüber Österreich-Ungarn vom 5. Juli 1914 zu fassen ist („Blankoscheck“). Diplomatische Kreise in Wien gewannen in der folgenden Woche den Eindruck, dass Deutschland auf ein sofortiges militärisches Eingreifen gegen Serbien dringe. Damit ist zunächst die Auffassung widerlegt, Deutschland habe sich von Österreich in die kriegerische Verwicklung hineinziehen lassen. Die von der deutschen Diplomatie zur Schau gestellte Nicht-Betheiligkeit (Nordlandreise des Kaisers etc.) wird als Täuschungsmanöver interpretiert, um Europa in Sicherheit zu wiegen.

Die weiteren Aktivitäten der deutschen Diplomatie verraten die Rangfolge in der Zielsetzung: Primäres Ziel war ein Konflikt zwischen Österreich und Serbien, aus dem Österreich-Ungarn gestärkt hervorgehen würde; war der Krieg nicht zu lokalisieren, nahm man bewusst einen allgemeinen europäischen Krieg in Kauf. Kam es nicht zum Krieg - weil etwa Russland oder Frankreich sich heraushalten wollten - ergab sich immer noch die Möglichkeit, das russisch-französische oder das englisch-französische Bündnis „auseinanderzumanövrieren“.

Ziel der deutschen Politik und des deutschen Einflusses in Österreich-Ungarn war indessen konkret, die Bedingungen gegenüber Serbien (Ultimatum vom 23.7.) so zu formulieren, dass eine Annahme des Ultimatums ausgeschlossen schien. Damit sollte Russland als Bündnispartner Serbiens zum Krieg gegen Österreich provoziert werden, da nur dann für Deutschland - wegen der eigenen Bündnisverpflichtung - die Möglichkeit zum Eingreifen bestand. Das Wort von der „Nibelungentreue“, die Deutschland dem angegriffenen Österreich-Ungarn gegenüber bewiese, verkehrt also die Tatsachen: Nicht Deutschland stärkt Österreich-Ungarn den Rücken für die Auseinandersetzung, sondern Deutschland treibt seinen Bündnispartner in eine kriegerische Auseinandersetzung mit Russland, um selbst den Bündnisfall zu provozieren. Britische Vermittlungsversuche wurden von der deutschen Regierung, die sich gleichzeitig auf einen großen Kontinentalkrieg vorbereitete, rundweg abgelehnt.

Zum Schluss der Erörterung sollte noch auf den Charakter dieser Anschuldigung eingegangen werden. Es handelt sich beim Kriegsschuldartikel 231 des Versailler Vertrags um eine juristisch definierte Schuldzuweisung, die dann die Schadenersatzforderungen der Alliierten gegenüber dem besiegten Deutschland legitimieren sollte. Eine juristisch definierte „Schuld“ kann jedoch kaum festgestellt werden, da der Krieg, sei-

ne Vorbereitung und Führung, nicht als juristisch definierte Verbrechen galten. Krieg war ein legitimes Mittel zur Durchsetzung der Politik, auch der Präventivkrieg, der Schlimmeres verhüten sollte. Erst die Niederlage im Krieg macht den Weg frei zur politischen, aber auch juristischen Verantwortung. Darin lebt noch ein Rest des alten Gottesurteils fort.

Entscheidend für die Diskussion ist daher nicht ein juristischer Schuldbegriff, sondern der einer politisch-moralischen Verantwortung. Diese aber muss in zwei Richtungen diskutiert werden: Hat Deutschland aktiv und entschlossen auf den Krieg hingearbeitet oder hat es ihn billigend in Kauf genommen und „nur“ nichts getan, um ihn zu verhindern? Da sich auch die Wissenschaft über diesen Punkt streitet, sollte man im Leistungskurs nicht auf einer endgültigen Festlegung bestehen.

Textfragment:

Die auf diese Zusicherung der Bündnistreue folgende Woche ist in Wien gekennzeichnet von einem fast permanenten Einfluss des deutschen Botschafters in Wien, Tschirschky, auf die österreichische Position gegenüber Serbien. Diplomatische Kreise in Wien gewannen den Eindruck, dass Deutschland auf ein sofortiges militärisches Eingreifen gegen Serbien dringe. Damit ist zunächst die Auffassung widerlegt, Deutschland habe sich von Österreich in die kriegerische Verwicklung hineinziehen lassen. Die von der deutschen Diplomatie zur Schau gestellte Nicht-Beteiligung (Nordlandreise des Kaisers etc.) wird als Täuschungsmanöver interpretiert, um Europa in Sicherheit zu wiegen.

Die weiteren Aktivitäten der deutschen Diplomatie verraten die Rangfolge in der Zielsetzung: Primäres Ziel war ein Konflikt zwischen Österreich und Serbien, aus dem Österreich-Ungarn gestärkt hervorgehen würde; war der Krieg nicht zu lokalisieren, nahm man bewusst einen allgemeinen europäischen Krieg in Kauf. Kam es nicht zum Krieg - weil etwa Russland oder Frankreich sich heraushalten wollten - ergab sich immer noch die Möglichkeit, das russisch-französische oder das englisch-französische Bündnis „auseinanderzumanövrieren“.

Ziel der deutschen Politik und des deutschen Einflusses in Österreich-Ungarn war indessen konkret, die Bedingungen gegenüber Serbien (Ultimatum vom 23.7.) so zu formulieren, dass eine Annahme des Ultimatums ausgeschlossen schien. Damit sollte Russland als Bündnispartner Serbiens zum Krieg gegen Österreich provoziert werden, da nur dann für Deutschland - wegen der eigenen Bündnisverpflichtung - die Möglichkeit zum Eingreifen bestand. Das Wort von der „Nibelungentreue“, die Deutschland dem angegriffenen Österreich-Ungarn gegenüber bewiese, verkehrt also die Tatsachen: Nicht Deutschland stärkt Österreich-Ungarn den Rücken für die Auseinandersetzung, sondern Deutschland treibt seinen Bündnispartner in eine kriegerische Auseinandersetzung mit Russland, um selbst den Bündnisfall zu provozieren.

Die Tage nach dem österreichischen Ultimatum brachten eine fast hektische Aktivität in London, aber auch in Paris und St. Petersburg. Vor allem der britische Außenminister Sir Edward Grey unternahm insgesamt fünf Versuche, im österreichisch-serbischen Konflikt zu vermitteln. Alle wurden von der deutschen Regierung rundweg abgelehnt. Gleichzeitig bereitete sich die deutsche Führung auf einen großen Kontinentalkrieg vor.

Letzte Hindernisse schien der Partei der „Falken“ in Berlin der Kaiser selbst in den Weg zu legen. Als die serbische Regierung das Ultimatum weitgehend annahm und Kaiser Wilhelm II., fast enttäuscht, bemerkte: „*Aber damit fällt jeder Kriegsgrund fort!*“ wusste Reichskanzler von Bethmann-Hollweg dieses Zurückziehen, das einen Krieg noch in letzter Minute hätte verhindern können, zu überspielen. Er leitete nach Wien eine kaiserliche „Stellungnahme“ weiter, die weiterhin konsequent auf einen Krieg hinarbeitete.

Erst die unzweideutige Haltung Englands, das sich auf die Seite Frankreichs und Belgiens stellte (29./30. Juli), veranlasste den Reichskanzler Bethmann-Hollweg, die Regierung in Wien zur Mäßigung und zur Aufnahme von Verhandlungen mit Russland zu bewegen - wenn auch nur, um Russland deutlicher als bisher die „Schuld“ am Krieg zuzuschieben.

Politische Kurzsichtigkeit und Fehleinschätzungen liegen vor allem auf deutscher Seite vor, indem die Verletzung der belgischen Neutralität beim Angriff auf Frankreich als eine im internationalen Spiel vernachlässigbare Größe angesehen wurde. Militärische Kurzsichtigkeit ist es, wenn die deutsche Generalität einzig und allein den (leicht modifizierten) Schlieffenplan zur Kriegführung zur Verfügung hat - so dass die Verteidigung gegen einen russischen Angriff eben im Durchmarsch durch das neutrale Belgien besteht.

Diese etwas seltsam anmutende Mechanik aber beruht auf der Bündniskonstellation, bei der Russland, Frankreich und England auf der einen Seite, Deutschland und Österreich-Ungarn auf der anderen Seite sich gegenüberstehen. Das deutsche militärische Kalkül ging von der Automatik der Bündnisverpflichtungen aus, nach der Frankreich (gewissermaßen, ohne dass es eine eigene Motivation zum Krieg haben musste) wie selbstverständlich an der Seite Russlands in den Krieg gegen Deutschland zog. Diese Automatik ist dann auch Ende Juli / Anfang August eingetreten.

Was Bismarck noch seiner Politik zugrunde legte, was aber Wilhelm II. mit einem Handstreich beiseitewischte, war die umgekehrte Deutung des klassischen „Alptrahms der Koalitionen“: Nicht Frankreich allein sah sich in dieser Gefahr, in die Zange genommen zu werden - Bismarck wusste, dass Deutschland nur die Wahl hatte, entweder konsequent um Vertrauen zu werben, oder eine Koalition der Festlandsmächte gegen sich hervorzurufen, da nur eine solche Koalition stark genug wäre, Deutschland in Schach zu halten oder niederzuringen.

Dieses Niederringen, Einflusszonen Schaffen und Vergrößern war allgemeine Denkweise im Europa des frühen 20. Jahrhunderts. Die deutschen Kriegsziele, die zum Teil von der Propaganda des Alldeutschen Verbandes beeinflusst waren, stehen

mit einer Einbeziehung Belgiens und Polens in einen deutsch dominierten Wirtschaftsraum nicht allein da.

Einer der Hauptgründe auf der Ebene des „öffentlichen Bewusstseins“, den Krieg anzusteuern, aber war das Bedürfnis, aus der Lethargie der bürgerlichen Gesellschaft (die als dekadent und kraftlos erlebt wurde) durch einen Kraftakt auszubrechen. Selbst Schriftsteller wie Thomas Mann sahen darin eine Befreiung - zumindest, bis die ersten Nachrichten vom Grauen des Krieges eintrafen. So aber war bereits in der Sprache der Diplomaten der Charakter des Krieges als „Weltkrieg“ vorgezeichnet, und die Tageszeitungen übernahmen dieses Wort mit der Kriegserklärung Deutschlands an Russland am 31.8.1914.